

# Jan Woischnik **Machtwechsel in Uruguay**

**Anmerkungen zum historischen Wahlsieg  
der Linken 2004**

Als nach dem 31. Oktober 2004 ein äußerst heterogenes, von Marxisten ebenso wie von Christdemokraten gebildetes Bündnis aus Linksparteien die Präsidentschaftswahlen in Uruguay gewann und der Arzt Tabaré Ramón Vázquez Rosas als Sieger feststand, feierte das kleine südamerikanische Land am Río de la Plata euphorisch den Wechsel. Erstmals in der Geschichte des MERCOSUR-Mitglieds Uruguay haben die Linken nach einem ruhigen, inhaltlich substanziösen Wahlkampf die Macht erlangt und das Ende der Regierung des glücklosen sowie zuletzt unentschieden und beratungsresistent wirkenden Jorge Batlle vom konservativen Lager erwirkt. Die Erwartungen an die neue Regierung, deren Mehrheit auch in den zeitgleich abgehaltenen Abgeordneten- und Senatswahlen bestätigt wurde, sind hoch. Uruguays Wirtschaft ist sanierungsbedürftig, die Vergangenheitsbewältigung nach der Militärdiktatur steht nach wie vor aus, und auch die innere Sicherheit in dem verarmenden Land lässt zu wünschen übrig. Vázquez selbst, der sein Kabinett vorwiegend mit gemäßigten Linken besetzt hat, wird als Machtmensch ohne feste Visionen beschrieben. Ob er die in ihn gesetzten Hoffnungen zu erfüllen und das Land nach vorne zu bringen vermag, bleibt abzuwarten.

## ■ Executive Summary

For the first time in the history of Uruguay, a candidate put up by the left-wing opposition was elected head of state last October when Tabaré Vázquez (64), a socialist, won an absolute majority right in the first round. Amassing 50.45 percent of the votes of the nearly 2.5 million Uruguayans who are entitled – and, by the way, obligated – to vote, he received the approval of more voters than his two main opponents taken together, whose parties had taken turns at ruling the country ever since Uruguay's independence 179 years ago. The current government party, the conservative-liberal Colorados ('Red Party'), was represented by the former Minister of the Interior, Guillermo Stirling (67), who won no more than 10.36 percent of the vote, the worst result in the history of the Partido Colorado. Standing for the conservative Partido Nacional, the second traditional party in Uruguay ('National' and/or 'White Party'), was senator Jorge Larrañaga, who at least managed to reach 34.30 percent. Approval for Vázquez was particularly widespread in the capital of Montevideo, where the left has ruled without interruption for 15 years, as well as in another six of the 19 Uruguayan districts. The array of candidates described above results from the fact that the presidential elections of 2004 were the first held after the death of legendary president Luis Batlle Berres in 1964 in which neither the current president, Jorge Batlle (77), nor his predecessor, Julio María Sanguinetti (68), stood for office. This fact alone points to a certain political renewal – given the conditions prevailing in Uruguay, of course.

In addition, the White Party had put up an unusually youthful candidate in the person of Mr. Larrañaga, who is no older than 48. Vázquez' victory marks the continuation of a trend towards left-wing governments that can be observed almost everywhere in south America. Argentina and Brazil, Uruguay's two big neighbours, are just two examples of this trend that happen to be particularly well known.

### ■ Arzt seines Landes

Wer zukünftig in Uruguay erkrankt, kann sich mit etwas Glück von einem leibhaften Staatspräsidenten behandeln lassen. Am 31. Oktober 2004 wurde der Arzt Tabaré Ramón Vázquez Rosas aus Montevideo wie von vielen erwartet mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen zum neuen Regierungschef des Agrarstaats am Río de la Plata gewählt. Bereits zu Beginn des faden, ja geradezu substanzlosen Wahlkampfs hatte er angekündigt, auch für den Fall einer Übernahme der Regierungsgeschäfte am 1. März 2005 weiterhin praktizieren zu wollen. Auf diese Weise könne er am besten den Kontakt zum Volk aufrechterhalten.

Der bescheiden auftretende Familienvater Vázquez, Kind einer Arbeiterfamilie, hatte sich bereits zwei Mal zuvor vergeblich um das höchste Staatsamt in Uruguay beworben.<sup>1)</sup> Er führt ein vielfach untergliedertes, bunt gemischtes Linksbündnis an. Dem 1971 als Alternative zu den beiden traditionellen uruguayischen Parteien gegründeten Frente Amplio (FA, Breite Front), der für sich alleine bereits 16 Untergruppen angehören, schlossen sich mit dem Encuentro Progresista (EP, Progressive Zusammenkunft) und der Nueva Mayoría (NM, Neue Mehrheit) noch zwei weitere Blöcke an. Insgesamt reicht das politische Spektrum damit von Marxisten und ehemaligen Kämpfern der Stadtguerilla aus der Zeit vor der letzten Militärdiktatur (1973-1984) bis hin zu Liberalen und Christdemokraten.

### ■ Das Ergebnis der Vorwahlen

Am 27. Juni 2004 hatten verfassungsgemäß Vorwahlen stattgefunden. Mit der Wahl der Präsidentschaftskandidaten für die Nationalwahlen im Oktober 2004 startete Uruguay in die erste Wahlperiode des neuen

1) In den Wahlen von 1999 hatte Vázquez im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten. Da sich Colorados und Blancos aber im zweiten Wahlgang (Stichwahl) zusammentreten und den Colorado-Kandidaten Jorge Batlle gemeinsam als Kandidaten unterstützten, verlor Vázquez letztlich. Vgl. hierzu ausführlich Werner Böhler, „Uruguay stimmt gegen den politischen Wechsel“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 1/2000, S. 35 ff.

Jahrhunderts. Sie wird erst im Mai 2005 mit den Kommunalwahlen zu Ende gehen.

Dabei wird zum zweiten Mal seit der Verfassungsreform von 1996 das neue Wahlrecht angewandt. War es vor der Reform noch üblich, dass die Parteien jeweils mit mehreren Präsidentschaftskandidaten auf der Grundlage von sogenannten *sublemas* antraten, musste sich nunmehr jede Partei auf *einen* Kandidaten festlegen (*candidatura presidencial única*), der dann mit dem Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten die sogenannte *formula* der jeweiligen Partei bei den Nationalwahlen bildete.

Die Vorwahlen werden in Uruguay gemeinhin – und irreführend – als parteiinterne Wahlen (*elecciones internas*) bezeichnet. In Wahrheit kann jeder wahlberechtigte Bürger, sei er nun Parteimitglied oder nicht, denjenigen Bewerber wählen, den er gerne als Präsidentschaftskandidat aufgestellt sähe. Deshalb wird den Vorwahlen gemeinhin auch eine gewisse Prognosewirkung beigemessen. Sie sind geheim. Jeder Wähler verfügt über eine Stimme. Anders als bei den eigentlichen Präsidentschaftswahlen selbst besteht keine Wahlpflicht.

Als zum Präsidentschaftskandidaten gewählt gilt derjenige Bewerber einer Partei, der von den für seine Partei insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen mehr als 50 Prozent auf sich vereinigen kann. Alternativ genügen auch 40 Prozent der gültigen Stimmen, wenn gegenüber dem nächstplatzierten Mitbewerber eine Differenz von mindestens zehn Prozent besteht. Tritt in einer Partei weder der eine noch der andere Fall ein, entscheidet der sogenannte nationale Parteikonvent (Convención Nacional del Partido) der entsprechenden Partei mit absoluter Mehrheit, wer ihr Präsidentschaftskandidat wird. Die jeweils 500 Mitglieder dieser Parteikonvente werden ebenfalls am Tag der Vorwahlen gewählt.

Der uruguayische Wähler musste sich am letzten Junisonntag 2004 zwischen elf Parteien mit zahlreichen Untergruppierungen entscheiden. Neben den drei Hauptparteien Partido Colorado, Partido Nacional und Encuentro Progresista/Frente Amplio/Nueva Mayoría (EP-FA-NM) standen ferner folgende Splitterparteien zur Wahl: Unión Cívica, Partido Independiente, Partido Intransigente, Partido Liberal, Partido de los Trabajadores, Grupo Acción

Comunitaria, Partido Humanista und Democracia Solidaria. Da die zuletzt genannten acht Parteien insgesamt weniger als ein Prozent der Stimmen erhielten, werden im Folgenden lediglich die Wahlergebnisse der drei genannten Hauptparteien dargestellt.<sup>2)</sup>

Die konservative Traditionspartei Partido Nacional erhielt für ihre drei Bewerber insgesamt 441 870 Stimmen (das entspricht 41,49 Prozent). 33,60 Prozent davon entfielen auf den früheren Staatspräsidenten Luis Alberto Lacalle, der somit aus dem Rennen war. Der frühere Bürgermeister von Paysandú, Jorge Larrañaga, erzielte 65,93 Prozent. Die wenigen übrigen Stimmen entfielen auf eine von vornherein aussichtslose Splitterkandidatin. Präsidentschaftskandidat der Nationalpartei wurde somit der Jurist Larrañaga.

Das linke Parteienbündnis EP-FA-NM erhielt in den Vorwahlen insgesamt 455 848 Stimmen (entspricht 42,80 Prozent), also noch etwas mehr als der Partido Nacional. Sie gingen alle auf den einzigen aufgestellten Bewerber, Tabaré Vázquez. In den Wochen, die den Vorwahlen vorausgingen, war oft kritisiert worden, die Linksparteien umgingen durch ihre vorzeitige, wahlunabhängige Festlegung auf Vázquez auf unzulässige Weise das verfassungsrechtlich vorgesehene Verfahren der Kandidatenwahl.

Der derzeit noch regierende Partido Colorado, der dem konservativ-liberalen Lager zuzurechnen ist, konnte insgesamt nur 15,00 Prozent der Stimmen (150 726) auf sich vereinigen und war damit klarer Verlierer bereits der Vorwahlen. Hiervon erhielt Guillermo Stirling 91,06 Prozent, ihm folgte Alberto Iglesias mit 6,75 Prozent. Folglich ging der Notar und frühere Innenminister Stirling als Kandidat für die Colorados in die Präsidentschaftswahlen.

Die Wahlbeteiligung lag bei 45,91 Prozent und war damit für uruguayische Verhältnisse relativ niedrig. Die Vorwahlen fanden in einer störungsfreien, allen rechtsstaatlichen Ansprüchen genügenden Atmosphäre statt. Allerdings hat das neue Wahlrecht von 1996 den früher oft erzählten Witz kaum relativiert, in Uruguay seien die Wahlen so geheim, dass selbst der Wähler nicht wisse, wen er eigentlich gewählt habe. Das war bereits bei den Vorwahlen erkennbar. Das Wahlrecht ist immer noch recht kompliziert und lässt sich zuallerletzt als bürgerlich qualifizieren.

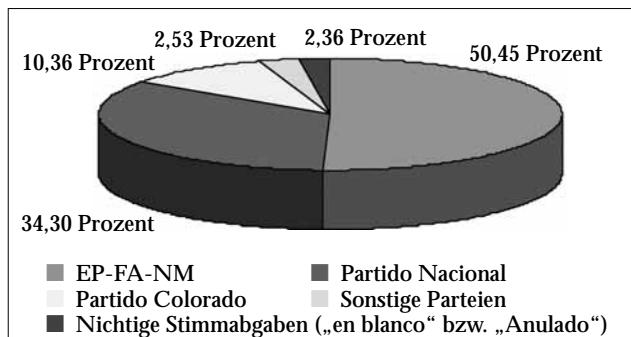
2) Bei allen in diesem Artikel verwandten Angaben zu den Wahlen 2004 handelt es sich um amtliche Informationen der Wahlbehörde (Corte Electoral). Ausführliche Daten zu den Wahlen 2004 finden sich außerdem in Jorge L. Marius/Wilfredo Giménez, *Primera Elección Uruguaya del siglo XXI: 31 de octubre de 2004*, Montevideo 2004.

## ■ Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen

Auch die Hauptwahlen am 31. Oktober 2004 verliefen – wie die Vorwahlen – ohne größere Zwischenfälle. Bewundernd stellte der Botschafter Argentiniens in Uruguay, Hernán Patiño Mayer, nach den Wahlen fest, alles habe sich „wie in einem Lehrbuch für Staatsbürgerkunde“ abgespielt.<sup>3)</sup> Der kleine Staat am Río de la Plata wurde damit seinem Ruf, ein demokratisch gefestigter Ruhepol auf dem bewegten südamerikanischen Kontinent zu sein, erneut gerecht. Der Spitzenkandidat der Weissen Partei, Larrañaga, gratulierte Vázquez noch in der Wahlnacht im Anschluss an eine Pressekonferenz öffentlich mit einer herzlichen Umarmung, der amtierende Staatspräsident immerhin telefonisch. Gesten dieser Art kommen bei der harmoniebedürftigen uruguayischen Bevölkerung ausgesprochen gut an. Hier die Wahlergebnisse im Einzelnen, ausgedrückt in Prozent (Stimmenanzahl in Klammern). Die Wahlbeteiligung lag bei 89,62 Prozent. Dies lag sicherlich nicht allein an der in Uruguay bestehenden Wahlpflicht, sondern auch an dem großen Interesse, das gerade der hier besprochenen Richtungswahl entgegengebracht wurde.

EP-FA-NM:	50,45 Prozent (1124 761 Stimmen)
Partido Nacional:	34,30 Prozent ( 764 739 Stimmen)
Partido Colorado:	10,36 Prozent ( 231 036 Stimmen)
Partido Independiente:	1,84 Prozent ( 41 011 Stimmen)
Partido Intransigente:	0,38 Prozent ( 8 572 Stimmen)
Partido Liberal:	0,07 Prozent ( 1 548 Stimmen)
Unión Cívica:	0,22 Prozent ( 4 859 Stimmen)
Partido de los Trabajadores:	0,02 Prozent ( 513 Stimmen)
Ungültige Stimmabgaben:	2,36 Prozent ( 52 572 Stimmen)

In graphischer Darstellung:



Seit dem Ende der letzten Militärdiktatur und der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1984 stellt sich die Entwicklung bei den drei wichtigsten politischen Kräften in Uruguay folgendermassen dar, wobei insbesondere der beständige Stimmenzuwachs für das linke Parteienbündnis EP-FA-NM sowie die erdrutschartige Niederlage der bisherigen Regierungspartei Partido Colorado in den Wahlen von 2004 bemerkenswert sind. Infolgedessen ist Uruguay heute in zwei etwa gleich große politische Lager gespalten, das Linksbündnis EP-FA-NM mit etwas mehr als 50 Prozent auf der einen Seite, die beiden rechten Traditionsparteien mit zusammen knapp 45 Prozent auf der anderen.<sup>4)</sup>

(alle Angaben in Prozent)	EP-FA- NM	Partido Nacional	Partido Colorado
<b>1984</b>	21,41	35,18	40,95
<b>1989</b>	21,23	38,88	30,29
<b>1994</b>	30,61	31,21	32,39
<b>1. Wahlgang 1999</b>	39,19	21,79	32,02
<b>Stichwahl 1999</b>	44,53	–	52,26
<b>2004</b>	50,45	34,30	10,36

4) Alle Daten über die Wahlen seit der Rückkehr zur Demokratie bis 2003 finden sich in: Jorge Leonel Marius, *Eleciones Uruguayas 1980-2003*, Montevideo 2004.

5) Der Versuch einer genaueren Zuordnung ist in dem vorliegenden Rahmen nicht möglich. Dies liegt unter anderem daran, dass die im deutschen Sprachraum herrschenden politischen Kategorien nicht ohne Weiteres auf Uruguay übertragen werden können.

### **Das Ergebnis der Abgeordnetenhaus- und Senatswahlen**

Am 31. Oktober 2004 fanden in Uruguay gleichzeitig Abgeordneten- und Senatswahlen statt, die der Linken in beiden Fällen ebenfalls Mehrheiten brachten.

Im zukünftigen uruguayischen Parlament kommen von insgesamt 99 Sitzen 52 auf das Linksbündnis EP-FA-NM, 36 auf den Partido Nacional, nur noch zehn auf den Partido Colorado sowie einer auf den Partido Independiente. Im Folgenden wird die genaue Sitzverteilung unter Berücksichtigung der verschiedenen Parteiuftergruppierungen dokumentiert (in Klammern erfolgt zudem eine ungefähre<sup>5)</sup> Einordnung in das politische Spektrum Uruguays):

<i>EP-FA-NM</i>	<b>52 Sitze</b>
-----------------	-----------------

#### **Sitzverteilung nach Untergruppierungen**

Movimiento de Participación Popular (links)	21
Asamblea Uruguay (Mitte)	9

Partido Socialista (gemäßigte Sozialisten)	9
Vertiente Artiguista (Mitte links)	4
Nuevo Espacio (Sozialdemokraten)	3
Alianza Progresista (Mitte)	3
Partido Demócrata Cristiano (Christdemokraten)	1
Unidad Frenteamplista (Mitte links)	1
Partido Comunista (Kommunisten)	1

*Partido Nacional* 36 Sitze

#### Sitzverteilung nach Untergruppierungen

Alianza Nacional (Mitte)	19
Correntada Wilsonista (Mitte rechts)	8
Herrerismo (rechts)	6
903 (rechts)	2
400 (rechts)	1

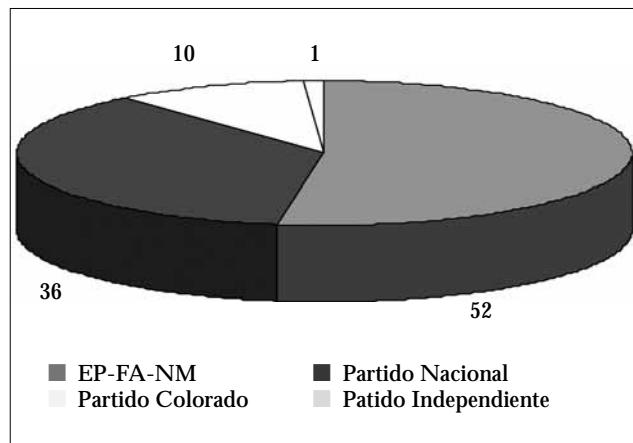
*Partido Colorado* 10 Sitze

#### Sitzverteilung nach Untergruppierungen

Foro Batllista (Mitte rechts)	7
List 15 (Mitte rechts)	3

*Partido Independiente (Mitte)* 1 Sitz

Graphisch stellt sich die Sitzverteilung im Parlament demnach folgendermassen dar:



Im Senat konnte das Linksbündnis EP-FA-NM mit 16 der 30 Sitze ebenfalls eine Mehrheit erringen. Der Partido Nacional erlangte elf, der Partido Colorado

lediglich drei Sitze. Hinzu kommt für die Linke außerdem noch der zukünftige Vizepräsident Uruguays, Rodolfo Nin Novoa, der nach der Verfassung gleichzeitig das Amt des Senatspräsidenten inne hat. Im Folgenden wird wiederum die genaue Sitzverteilung auf die verschiedenen bereits oben erwähnten Untergruppierungen dargestellt:

**EP-FA-NM** **16 Sitze**

**Sitzverteilung nach Untergruppierungen**

Movimiento de Participación Popular	6
Asamblea Uruguay	3
Partido Socialista	2
Vertiente Artiguista	2
Alianza Progresista	1
Nuevo Espacio	1
Partido Comunista	1

**Partido Nacional** **11 Sitze**

**Sitzverteilung nach Untergruppierungen**

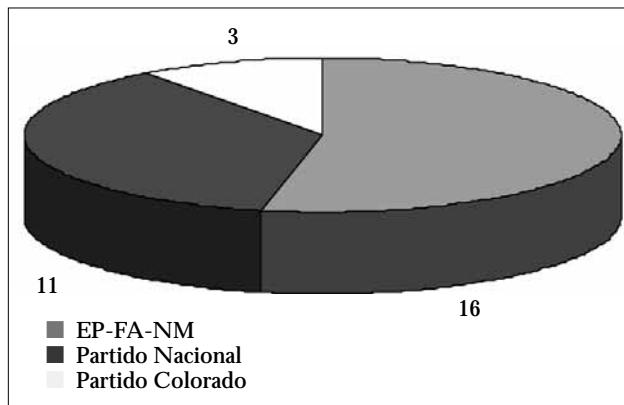
Alianza Nacional	6
Herrerismo	3
Correntada Wilsonista	2

**Partido Colorado** **3 Sitze**

**Sitzverteilung nach Untergruppierungen**

Lista 15	2
Foro Batllista	1

Im Senat ergibt sich mithin folgendes Bild:



## ■ Das Kabinett Vázquez

- 6) Vázquez hat angekündigt, nach dem ersten Regierungsjahr die Anzahl der Ministerien zu verringern und Ressortfusionen vorzunehmen.
- 7) Gemessen am bei der Wahl erzielten Stimmanteil ist der linke MPP damit in der Regierungsmannschaft stark unterrepräsentiert. Er hatte 29,16 Prozent der Stimmen erzielt, die das Linksbündnis EP-FA-NM insgesamt auf sich vereinigen konnte. Demgegenüber sind die gemäßigteren Parteien Vertiente Artiguista (8,85 Prozent) sowie der Partido Socialista (14,81 Prozent) mit zwei bzw. drei Ministern übermäßig stark vertreten. Vázquez hatte bereits im Wahlkampf angekündigt, die Ressortverteilung nicht nach Stimmengewicht vornehmen zu wollen.

Am 8. Dezember 2004 und damit knapp sechs Wochen nach den Wahlen gab Tabaré Vázquez schließlich die Zusammensetzung seiner zukünftigen Regierungsmannschaft bekannt. Die zwölf Ministerien sollen demnach, zumindest vorerst,<sup>6)</sup> wie folgt besetzt werden:

Inneres:

José Díaz (Partido Socialista)

Äußeres:

Reinaldo Gargano (Partido Socialista)

Wirtschaft und Finanzen:

Danilo Astori (Asamblea Uruguay)

Verteidigung:

Azucena Berrutti (Partido Socialista)

Erziehung und Kultur:

Jorge Brovetto (unabhängig)

Verkehr:

Víctor Rossi (Alianza Progresista)

Industrie, Energie, Bergbau:

Jorge Lepra (parteilos)

Arbeit und Soziale Sicherheit:

Eduardo Bonomi (Movim. de Participación Popular)

Gesundheit:

María Julia Muñoz (Vertiente Artiguista)

Landwirtschaft:

José Mujica (Movimiento de Participación Popular)

Tourismus:

Héctor Lescano (Partido Demócrata Cristiano)

Wohnungsbau, Umwelt:

Mariano Arana (Vertiente Artiguista)

Abgesehen von wenigen Ausnahmen finden sich im neuen Kabinett somit im Wesentlichen die politischen Anführer der gemäßigten Linken wieder. Der am linken Rand angesiedelte Movimiento de Participación Popular (MPP) konnte trotz der laut-fordernden Töne seines Anführers Mujica im Ergebnis lediglich zwei (in Uruguay allerdings ausgesprochen wichtige) Ressorts besetzen, Arbeit und Landwirtschaft.<sup>7)</sup> Die Kommunistische Partei erhielt überhaupt kein Ministerium. Eine „Venezolanisierung“, vor der kritische Stimmen im Wahlkampf warnten, dürfte somit in Uruguay kaum zu befürchten sein.

Dafür steht mit dem Senator Héctor Lescano der Präsident der Christdemokratischen Partei (PDC) an der Spitze des Tourismusministeriums. Er war auch für das Wahlprogramm des Linksbündnisses insgesamt verantwortlich gewesen. Wichtiger noch: der international versierte Wirtschaftswissenschaftler Danilo Astori (Asamblea Uruguay) wird im kommenden März an die Spitze des Wirtschafts- und Finanzministeriums treten. Dies dürfte der wesentliche Grund dafür gewesen sein, dass die Märkte nach dem 31. Oktober auf das überwältigende Wahlergebnis des EP-FA-NM ruhig reagierten. Der als gemäßigt geltende Astori strebt wirtschaftliche Stabilität sowie nachhaltiges Wachstum an. Er übernimmt das Ressort in einem Moment, in dem in Uruguay eine leichte wirtschaftliche Wiederbelebung zu verzeichnen ist,<sup>8)</sup> so dass er relativ gute Ausgangsbedingungen für seine Arbeit vorfindet. Immer wieder hatte er sich in den letzten Wochen lobend über den pragmatischen wirtschaftspolitischen Kurs der brasilianischen Regierung unter Luiz Inácio (Lula) da Silva (PT) geäußert, allerdings ohne diesen direkt als Vorbild zu bezeichnen. Doch die Prioritäten der beiden Regierungen ähneln sich auffallend: wie in Brasilien zählt die Sozialpolitik ebenso dazu wie das Thema Steuerreform.<sup>9)</sup>

Passend dazu wird ein weiterer renommierter Christdemokrat, Walter Cancela, die Präsidentschaft der uruguayischen Zentralbank (Banco Central del Uruguay, BCU) übernehmen. Besonderes Aufsehen hat ferner die Nominierung des parteilosen, USA-freundlichen Jorge Lepra für das Amt des Industrieministers erregt. Er war seit 1964 für Texaco tätig, zuletzt als Manager, und einige Jahre lang Präsident der uruguayisch-amerikanischen Handelskammer. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass Uruguay nach der Wende 2004 wirtschaftspolitisch Kontinuität wahren wird.

Das Durchschnittsalter der Kabinettsmitglieder liegt bei 65 Jahren. María Julia Muñoz (Gesundheit) und Eduardo Bonomi (Arbeit) sind mit jeweils 55 Jahren die beiden Jüngsten in Vázquez' Regierungsmannschaft. Böse Zungen sprechen deshalb von einer „Gerontokratie“, grob sarkastische Beobachter sogar vom „Cholesterin-Kabinett“. In der Tat ist fraglich, ob diese Regierungsmannschaft wirklich den Elan hat, die verkrusteten bürokratischen Strukturen

8) Siehe hierzu etwa Carl Moses, „Länderbericht Uruguay. Die Schweiz Südamerikas“ gewinnt wieder an Stärke“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 3.5.2004, S. 14.

9) Vgl. den Artikel in der Tageszeitung *El Observador* v. 12.11.2004, S. 6, mit dem Titel „Astori: prioridad en emergencia social y reforma tributaria“ (ohne Angabe des Autors).

im uruguayischen Staat aufzubrechen, dem allgemeinen Verwaltungspflegma ein Ende zu setzen und die so dringend erforderlichen wirtschaftlichen und sozialen Reformen auf den Weg zu bringen. Mindestens die Hälfte der designierten Minister steht ferner für den politischen Lagerkampf der späten sechziger bzw. frühen siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Mit dem berüchtigten Ex-Tupamaro José Mujica (Landwirtschaft) sowie Eduardo Bonomi (Arbeit) und Víctor Rossi (Verkehr) sind drei Personen vertreten, die während der letzten Militärdiktatur lange Zeit als politische Gefangene inhaftiert waren. José Díaz (Inneres) und Reinaldo Gargano (Äußeres) waren damals in Argentinien bzw. in Spanien im Exil. Die Rechtsanwältin Azucena Berrutti, eine enge Vertraute von Vázquez und Uruguays zukünftige Verteidigungsministerin, vertrat während der Diktatur Hunderte von politischen Gefangenen vor Gericht. Es wird sich zeigen müssen, ob die Regierungsübernahme in erster Linie rückwärtsgewandt als später Sieg über den ideologischen Gegner von vor 35 Jahren oder aber als tatkräftiger Aufbruch zu neuen Ufern gelebt werden wird. Uruguay kann sich angesichts seiner gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme keinen Verzug erlauben.

Insgesamt befinden sich im Kabinett Vázquez lediglich zwei Frauen. Dieser Mangel ist typisch für Uruguay, wo in Führungspositionen fast ausnahmslos Männer zu finden sind. Eine Quotendiskussion hat aber bereits begonnen.

### ■ „Wahlkampfhilfe“ der Regierung Batlle

Der fulminante Erfolg der Linken in Uruguay lässt sich zum einen damit erklären, dass der noch amtierende konservativ-liberale Staatspräsident, der Jurist Jorge Batlle, spätestens im vorletzten Jahr seiner Amtszeit in einem kaum noch vertretbaren Maße von der politischen Bühne abgetreten war. Bereits Mitte 2003 beobachtete die Wochenzeitung *Brecha* zutreffend: „Die Lage gleicht unausgesprochen derjenigen in einem klassischen parlamentarischen System mit so etwas wie einem Premierminister – Alejandro Atchugarry (Wirtschaftsminister unter Batlle, Anm. des Verf.) – der sich mit breiter parlamentarischer Unterstützung im Amt hält, und Batlle als eine Art kaum

vorzeigbarer Staatschef, der sich entfernt hat, abwesend ist [...], der die Angelegenheiten des Landes überfliegt und sich mit einigen von ihnen befasst, aber nicht notwendigerweise mit den wichtigsten, und nicht immer mit Entscheidungsgewalt.“<sup>10)</sup> Diplomatisches Uneschick, Einzelgängertum, Beratungsresistenz und launisches Auftreten hatten den umfassend gebildeten Präsidenten, der u.a. fließend Deutsch spricht, bis weit in bürgerliche Kreise hinein als nicht mehr hinnehmbar erscheinen lassen. In öffentlichen Umfragen kam Batlle im August 2004 auf Zustimmungswerte von gerade noch zwölf Prozent und war damit in Lateinamerika auf dem vorletzten Platz angesiedelt (hinter ihm rangierte nur noch der peruanische Staatspräsident).<sup>11)</sup> Auch innerhalb seiner Partei wurde Batlle immer deutlicher kritisiert, was mehr und mehr auch an die Öffentlichkeit drang. Und – so apodiktisch der prominente Colorado-Abgeordnete Washington Abdala – „je mehr interne Streitereien, um so weniger externe Anhänger“.<sup>12)</sup>

Eine seit fünf Jahren andauernde Rezession, die sich in Folge der Argentinienkrise vor zwei Jahren zu einer massiven Wirtschaftskrise auswuchs, sowie ferner der Ausbruch einer für das landwirtschaftlich geprägte Uruguay verheerenden Maul- und Klauenseuche, ließen dem glücklosen Batlle zum anderen bereits kurz nach Regierungsantritt nur wenig politischen Gestaltungsspielraum und drängten ihn in die undankbare Rolle eines Krisenmanagers.<sup>13)</sup> Große Teile der Bevölkerung der ehemaligen „Schweiz Südamerikas“ verarmten. Die Arbeitslosenquote wuchs, die Kriminalität nahm zu. Batlle musste das Land durch die schwierigste Talfahrt seit der Militärdiktatur führen. Obwohl er an dieser Entwicklung nicht schuld war, wurde er – und mit ihm die beiden Traditionsparteien – in der jetzigen Wahl regelrecht abgestraft. Das klassische Zweiparteiensystem aus Colorados und Blancos gehört damit zumindest vorerst der Vergangenheit an.

Ein weiterer wichtiger Grund für das schlechte Abschneiden des Partido Colorado war, dass sich dessen Präsidentschaftskandidat Stirling bis zum Schluss nicht als Führungspersönlichkeit der Colorados darzustellen wusste – ganz im Gegensatz zu seinen Gegnern Larrañaga und vor allem Vázquez. Der Wähler hatte bis zum Schluss den Eindruck, dass der

10) *Brecha* v. 30.5.2003, S. 39.

11) Vgl. den Bericht von *Latino-barómetro* v. 13.8.2004, S. 25.

12) Washington Abdala, „Apuntes sobre la reconstrucción colorada“, in: *El Observador* v. 17.11.2004, S. 9.

13) Vgl. hierzu Jan Woischnik, „Uruguay: Der Musterknabe am Río de la Plata vor dem Abgrund der Argentinienkrise?“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 3/2002, S. 89 ff.

- 14) In diesem Sinne auch der Politologe und Analyst Ignacio Zuañabar, „Vázquez tendrá una opinión a favor por meses o quizás años“, in: *El País* (uruguayische Tageszeitung) v. 7.11.2004, S. 13.
- 15) Vgl. das in *La Repùblica* v. 20.8.2004, S. 4, abgedruckte Interview mit Jorge Batlle.
- 16) Vgl. *La Repùblica* v. 20.8.2004, S. 2.
- 17) Pablo Mieres weist zudem darauf hin, dass der größte Teil der organisierten Zivilgesellschaft – etwa Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen – traditionell dem EP-FA-NM nahestehen („Los desafíos del mandato mayoritario“, in: *El Observador* v. 9.11.2004, S. 9). Hinzu kommt, dass auch die wichtigste staatliche Universität in Uruguay, die Universidad de la Repùblica, tendenziell dem linken Lager nahesteht.

PC mit Stirling, der als Innenminister allerdings einen ausgezeichneten Ruf genoss, für die ohnehin aussichtslose Präsidentschaftskandidatur einen Mann aus der zweiten Reihe vorschickte.<sup>14)</sup> Diesem Eindruck konnte der PC nicht mit Erfolg widersprechen. Im Gegenteil: Staatspräsident Batlle bezeichnete es öffentlich als „politische Tragödie“, dass sein Zögling, der ehemalige Wirtschaftsminister Alejandro Atchugarry, sich nicht als Kandidat zur Verfügung gestellt hatte. Eine Äußerung, die nicht gerade als Wahlkampfhilfe für Stirling eingeordnet werden konnte und innerhalb des PC ein politisches Erdbeben nach sich zog.<sup>15)</sup> Parteidreunde warfen Batlle daraufhin öffentlich u.a. „verbale Inkontinenz“ vor.<sup>16)</sup>

### **■ Ausblick: große Versprechungen, große Hoffnungen**

Die Stimmung in Uruguay kann derzeit nur als brodelnd bezeichnet werden. In der Wahlnacht feierten Hunderttausende bei frühlingshaften Temperaturen den bevorstehenden Regierungswechsel auf den Straßen Montevideos – Candombe tanzend, laut singend und immer wieder auch Freudentränen vergießend. Die Szene erinnerte teilweise an die Tage des Mauerfalls in Berlin. Die Wochenzeitung *Brecha* titelte in ihrer Sonderausgabe am Tag nach der Wahl: „Wenn die Morgendämmerung beginnt“. Man spricht vom Anbruch eines neuen Zeitalters, der progressiven Ära (*la era progresista*), die über mehrere Jahrzehnte andauern werde. Uruguay erinnert derzeit an einen Dampfkessel, in dem sich mit dem Wahlsieg der Linken der über drei Jahrzehnte lang angestaute Druck mit einem Mal entladen konnte.

Jetzt bleibt nur zu hoffen, dass die hochgesteckten Erwartungen der krisengeschüttelten Uruguayer nach dem Abflauen der großen Emotionen nicht allzu stark enttäuscht werden. Auch wenn Vázquez als ehemaliger Bürgermeister Montevideos (1990–1995), wo etwa jeder zweite Uruguayer lebt, über eine gewisse Erfahrung in politischen Spitzenämtern verfügt, ist doch zweifelhaft, ob er auch nur seine wichtigsten Wahlversprechen zu erfüllen vermag. Zwar kann er mit einer absoluten Mehrheit der Wählerstimmen regieren, Parlament und Senat sind ebenfalls mehrheitlich in Händen des EP-FA-NM.<sup>17)</sup> Sündenböcke für eventuelles Regierungsversagen sind

somit nicht in Sicht. Doch Vázquez ist ein Machtmensch ohne handfeste Visionen. Er verfügt zumindest bislang über keine schlüssige, mittel- bis langfristige Strategie,<sup>18)</sup> um das Land auf Vordermann zu bringen.

Zum anderen muss er sein Dutzende politischer Gruppierungen umfassendes Linksbündnis mit den unterschiedlichsten Interessenlagen disziplinieren und zu einer stringenten Regierungsführung zwingen.<sup>19)</sup> Bereits heute ist erkennbar, dass dies kein Kinderspiel werden wird. Analysten weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass schon der Name des Bündnisses „Encuentro Progresista – Frente Amplio – Nueva Mayoría“ ein einziger Zungenbrecher ist und gleichsam bildhaft für dieses komplexe Problem steht. Spannungen sind hier – wie ferner zum Beispiel auch im Verhältnis zu den Gewerkschaften – vorprogrammiert.

So hatte der äußerste linke Flügel des EP-FA-NM bereits während des Wahlkampfs Vázquez immer wieder dafür kritisiert, den gemäßigten Danilo Astori als zukünftigen Wirtschafts- und Finanzminister<sup>20)</sup> ins Auge gefasst zu haben. Es war der einzige Name, den Vázquez schon vor der Wahl bekannt gab. Dabei spekulierte er darauf, durch diese Personalentscheidung auch Wähler der Traditionsparteien, etwa Unternehmer und Selbstständige, sowie unentschiedene Wähler der Mitte für sich gewinnen zu können. Hier wird ihm der linke brasilianische Staatspräsident Lula da Silva als Vorbild gedient haben. Der ehemalige Arbeiterführer praktiziert in Brasilien ebenfalls eine gemäßigte, marktwirtschaftlich ausgerichtete Wirtschaftspolitik und konnte sich dadurch wachsende Zustimmung bürgerlicher Kreise erwerben. Spätestens nach der Erfahrung mit da Silva gilt in der Region als erwiesen, dass eine linke Regierung wirtschaftspolitisch „nicht das Ende der Welt sein muss“.<sup>21)</sup>

Sozialpolitisch hatte sich der öffentlichkeitsscheue Vázquez in den letzten Wochen des Wahlkampfs vermehrt als Wohltäter gegeben und für die ersten zwei Jahre seiner Amtszeit einen Notplan (*Plan de emergencia*) für die Armen in Uruguay angekündigt. Und auch bei der Vorstellung seiner Regierungsmannschaft am 8. Dezember 2004 betonte er ausdrücklich, dass die Sozialpolitik vom Tag der Regierungsüber-

18) Das Material zu den Vorträgen des Zyklus „Der verantwortungsbewusste Übergang“ (La transición responsable), die Vázquez zwischen Juli und Oktober 2004 hielt, bleibt ebenso im Unbestimmten wie etwa die „Großen programmatischen Linien 2005–2010“ (Grandes líneas programáticas 2005–2010), die der EP-FA-NM am 21.12.2003 beschloss. Überblicksweise hierzu Dieter Schonebohm, „Wende in Uruguay: historischer Wahlsieg der Linken“, in: *Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 21–04, S. 233 f.

19) Entsprechend hat Vázquez in den Wochen nach den Wahlen immer wieder zu Geschlossenheit aufgerufen. Vgl. etwa den Artikel in *El País* v. 9.11.2004, S. 5, mit dem Titel „Vázquez pide unidad y disciplina a la izquierda para su gestión“.

20) Astori ist Wirtschafts- und Finanzminister in Personalunion. Es ist zu befürchten, dass die Zwänge, denen er als Finanzminister ausgesetzt sein wird, auf Kosten der erforderlichen Kreativität und Gestaltungskraft des Wirtschaftsministers gehen werden.

21) So Arturo Porzecanski, der bei der Bankengruppe ABN AMRO in New York als Head of Emerging Markets Economics and Debt Strategy tätig ist (zitiert nach *El Observador* v. 7.11.2004, S. 4).

- 22) Vgl. etwa die Artikel in *El País* v. 12.11.2004, S. 11, mit dem Titel „Vázquez ratificó ante el Banco Mundial que honrará la deuda“ und in *La Repùblica* v. 12.11.2004, S. 3, mit dem Titel „Interés del Banco Mundial en empujar agenda social y en promover crecimiento equitativo“ (beide ohne Angabe des Autors).
- 23) Vgl. hierzu Jan Woitschnik, „Institutionelle Konsolidierung im MERCOSUR: neuer Präsident, neues Gericht, neues Sekretariat“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 1/2004, S. 82 ff.

nahme an Priorität habe. Jedes zweite Kind wird heute in Uruguay direkt in die Armut hineingeboren. Dabei blieb das Finanzierungskonzept in einem Land, auf dem eine Auslandsschuld von beinahe 13 Milliarden Dollar lastet und das seit Jahren unter der beständigen Auswanderung vor allem der qualifizierten Arbeitskräfte leidet, aber im Dunkeln. Mit populistisch angehauchten Aussagen der Art, dass solche Sozialausgaben angesichts der Not der betroffenen Menschen „anständigerweise gar nicht als Ausgaben bezeichnet werden dürfen“, versuchte er dies zu verschleiern. Inzwischen ist bekannt, dass zur Finanzierung der sozialen Notleistungen internationale Kredite aufgenommen werden sollen.<sup>22)</sup> Sozialpolitisch wird Vázquez sich sehr schnell bewähren und den Worten Taten folgen lassen müssen, zu verheerend ist die Lage der notleidenden Bevölkerung. Ansonsten könnte es bald zu einer Entmystifizierung der linken Bewegung in Uruguay kommen.

Berechtigter erscheinen im Gegensatz hierzu die außenpolitischen Hoffnungen großer Teile der Bevölkerung. Staatspräsident Batlle hatte sich in der Vergangenheit – ebenso wie herausragende Vertreter des Partido Nacional – vielfach gegen eine Fortentwicklung des Integrationsbündnisses MERCOSUR (Gemeinsamer Markt des Südens) gestellt. Neben Uruguay zählen Argentinien, Brasilien und Paraguay zu dessen Mitgliedstaaten. Die derzeitigen Regierungschefs von Argentinien und Brasilien hatten sich dagegen vor Beginn ihrer Amtszeit an intensiv um den Integrationsprozess bemüht und versucht, ihm neben der wirtschaftlichen auch eine politische und soziale Dimension zu geben. Wichtige neue Institutionen wurden geschaffen, bereits vorhandene reformiert.<sup>23)</sup> Auch Vázquez bzw. sein designierter Außenminister stehen für diesen Kurs und weisen auf die wichtige strategische Bedeutung des Integrationsbündnisses hin. Auch deshalb wurde Vázquez im Wahlkampf – und zwar teilweise recht unverblümmt – von Argentinien und Brasilien unterstützt. In der Tat dürfte das kleine Uruguay ohne Einbindung in den MERCOSUR in Zeiten der globalisierten Wirtschaft kaum reale Aufstiegsschancen haben. Darüber hinaus ist Montevideo als „Brüssel des MERCOSUR“ Sitz vieler seiner Organe, woraus Uruguay eigentlich nur Vorteile ziehen kann.

Innenpolitisch kommt neben der Sozial- und Gesundheitspolitik der Polizeireform besondere Bedeutung zu. In den letzten Monaten war es immer wieder zu schweren Übergriffen durch Polizeikräfte gekommen, bei denen mehrere Bürger getötet bzw. schwer verletzt wurden. Dies hat in der öffentlichen Diskussion Zweifel darüber aufgeworfen, ob eine hinreichende Ausbildung und Leitung der chronisch unterbezahlten Polizisten sichergestellt sei. Andererseits hat sich die Sicherheitslage in Uruguay durch die Wirtschaftskrise in den letzten zwei bis drei Jahren stark verschlechtert. Raubüberfälle und Wohnungseinbrüche sind heute an der Tagesordnung, eine gewisse Lateinamerikanisierung ist unverkennbar. Ein anderes wichtiges Thema ist in diesem Zusammenhang das marode Gefängniswesen mit einer Überbeladung von inzwischen 50 Prozent und regelmäßigen Menschenrechtsverletzungen.

Vor eine weitere innenpolitische Bewährungsprobe wird Vázquez durch das Thema der Vergangenheitsbewältigung gestellt. Wie in zahlreichen anderen Ländern Lateinamerikas kam es auch unter der uruguayischen Militärdiktatur zu schweren Verbrechen an Oppositionellen. Politische Gefangene wurden von den Militärs entführt, gefoltert und getötet. Sie gelten seitdem als „verschwunden“. Ferner wurden Neugeborene ihren Müttern entwendet und geheim adoptiert. Die Täter blieben aufgrund des so genannten Verjährungsgesetzes von 1986<sup>24)</sup> für während der Diktatur begangene Verbrechen straffrei. Wie andere lateinamerikanische Länder hatte es somit auch Uruguay versäumt, seine Vergangenheit nach dem Ende der Gewaltherrschaft hinreichend aufzuarbeiten, um eine tiefgreifende Befriedung der Gesellschaft zu erreichen – das Thema steht seit nunmehr zwanzig Jahren ununterbrochen auf der politischen Tagesordnung.

Immerhin sichert das genannte Gesetz den Angehörigen der Opfer zu, dass jeder Fall untersucht und eine Aufklärung (*esclarecimiento*) herbeigeführt werde. Vor Batlle hatte freilich kein uruguayischer Präsident gewagt, diese Vorschrift gegen den Widerstand der Militärs wirkungsvoll in die Tat umzusetzen. Den Opferfamilien blieb somit die Wahrheit über Schicksal und Verbleib ihrer Angehörigen vorerthalten. Batlle hingegen, der selbst während der

24) Ley de Caducidad de la Pretensión Punitiva del Estado vom 22. Dezember 1986 (Nr. 15.848).

Diktatur wiederholt im Gefängnis gesessen hatte, richtete eine mit Anhängern der drei grossen politischen Kräfte, einem Kirchenvertreter, einem Gewerkschaftsvertreter sowie einem Vertreter der Angehörigen pluralistisch besetzte „Friedenskommission“ (Comisión para la Paz) mit beschränkten Kompetenzen ein. Doch auch deren Abschlussbericht vom 10. April 2003 vermochte die offenen Wunden nicht zu schließen: es ist immer noch unbekannt, wer damals wann, wo, aus welchem Grund und wie genau die schweren Verbrechen begangen hat bzw. wo die Leichen der Opfer verblieben sind. Ohne eine derartige Kenntnis der Wahrheit ist es deren Angehörigen nicht möglich, jene zu begraben und ihre Trauer abzuschließen.

Vázquez hat versprochen, das Problem der unzureichenden Aufklärung im Rahmen der Möglichkeiten des Amnestiegesetzes entschiedener anzugehen. Die gesetzlich verordnete Straflosigkeit dagegen will auch er nicht in Frage stellen.<sup>25)</sup> Stattdessen soll in Zukunft auf ein besseres Verhältnis zwischen Gesellschaft und Militär hingearbeitet werden.<sup>26)</sup>

Die Vorbereitungen zur Amtsübergabe sind bereits in vollem Gange. Hierzu war zunächst eine eigene Kommission (Comisión de Transición) eingesetzt worden, der Vertreter der noch amtierenden Regierung Batlles ebenso angehören wie solche der am 1. März 2005 antretenden Nachfolger. Inzwischen haben in einem zweiten Schritt auch die individuellen Abstimmungsgespräche zwischen den derzeitigen Ministern und ihren designierten Nachfolgern begonnen. Währenddessen bereitet sich die konservative Weiße Partei als zweitstärkste politische Kraft auf ihre neue und ungewohnte Rolle als Oppositionsführerin in einem Land vor, das zum ersten Mal in seiner Geschichte von der Linken regiert werden wird. Mit der erklärten Absicht, diese bei den nächsten Wahlen 2009 an der Macht abzulösen.

- 25) Der Oberste Gerichtshof von Uruguay hat entschieden, dass das Verjährungsgebot verfassungsgemäß ist. Es ist ferner durch Plebisitz bestätigt worden. Nach völkerrechtlichen Maßstäben sind Amnestiegesetze für schwere Menschenrechtsverletzungen jedoch rechtswidrig. Dementsprechend hat die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte u.a. festgestellt, dass das Gesetz 15.848 mit den Artikeln 1, 8 und 25 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention unvereinbar ist (Informe 29/92 v. 2.10.1992).
- 26) Alvaro Giz, „Frente y militares buscarán nueva relación“, in: *El País* v. 21.11.2004, S. 14.

Das Manuskript wurde am 17. Dezember 2004 abgeschlossen. Ich danke meiner Mitarbeiterin Rosario Navarro für ihre effiziente Hilfe bei den Recherchen zu diesem Artikel.